

Einzelpreis 15 000 Mk.

Bezugspreis monatlich:

In der Geschäftsstelle 300,000 Mk. pol.
Durch Zeitungsboten 320,000
die Post 320,000
Ausland 400,000
Ora Wache 80,000

Redaktion und Geschäftsstelle:

Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.

Telephon Nr. 6-86.

Postfachkonto 60,689.

Honorare werden nur nach vorheriger
Vereinbarung bezahlt. Unverlangt ein-
gelandete Manuskripte werden nicht auf-
genommen.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 127.

Lodz, Freitag, den 19. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

Eine deutsche Aktion in Paris, Brüssel und London.

Paris, 18. Oktober. (Nat.) Der deutsche Geschäftsträger Hoesch kritisierte Poincaré einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit er eine Denkschrift verlas, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beleuchtete, unter denen Deutschland zurzeit zu leiden hat. Hoesch berührte die Angelegenheit der Sachleistungen und der Zahlungen für die deutschen Lieferungen. Poincaré bemerkte ferner, daß er diese Fragen zurzeit nicht besprechen könne, wogegen er aber unversöhnlich entsprechende Verhandlungen mit der deutschen Regierung beginnen konnte, nachdem vorher die Arbeiten im Ruhrgebiet aufgenommen und die Sachleistungen geleistet wurden. In der Folge kam der deutsche Geschäftsträger auf die Aufhebung der Kohlensteuer und die den deutschen Funktionären im Ruhrgebiet erteilten Instruktionen zu sprechen. Die von Hoesch unterbreitete Denkschrift wird kompetenten ausländischen Faktoren zur Prüfung überwiesen werden.

Berlin, 18. Oktober. (Nat.) Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat sich gestern zum belgischen Außenminister Jaspar begeben und ihm mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Eisenbahnen im besetzten Gebiet beauftragt habe, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands es der Reichsregierung unmöglich mache, die Kohlensteuer einzufordern, und daß die deutsche Reichsregierung ansehbar nicht imstande wäre, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, wenn sie die für Belgien bestimmte Kohle bezahlen sollte. Jaspar erwiderte darauf, daß die Bezahlung eine Angelegenheit der deutschen Regierung und Industrie sei. Belgien werde keinesfalls die ihm gebührende Kohle bezahlen.

London, 18. Oktober. (Nat.) Lord Curzon hat gestern den deutschen Geschäftsträger in London, Stammer, empfangen.

Die Not des deutschen Volkes.

Berlin, 18. Oktober. (Nat.) Die durch die politische Lage hervorgerufene Unruhe hat eine weitere Erhöhung der Auslandsbeurteilung zur Folge gehabt. Der Dollar stieg auf 9, der Pfund Sterling auf 37 Milliarden Mark.

Berlin 18. Oktober. (Nat.) Von morgen ab wird ein Wert 627 Millionen Mark fest.

Für und gegen Witos.

Das Ergebnis der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Witos und seine Regierung war bekanntlich 208 Stimmen für und 191 gegen den Antrag.

Für das Vertrauensvotum stimmten die Klubs: des Nationalen Volksverbandes (Z. N. L.), der Christlich Nationalen (Nat. Ch.), der Christlichen Demokraten (Ch. D.), des Pakt und der Polnischen Katholiken (Kat. Lud.); dagegen stimmten: die Nationale Arbeiterpartei (N. P. R.), die Polnische Einheit (Jedn. Lud.), die Wywolenie, die P. P. S., die vier Klubs der nationalen Minoritäten und die Pönerische Arbeitspartei (Chlop. Par. Rob.). An der Abstimmung nahmen nicht teil die Abgeordneten: aus dem Z. L. N.: 1. Blucinski, polnischer Kommissar in Danzig, 2. Kryncki (franz.); aus der Chr.-Nat.: 1. Jozef, 2. Haller (in Amerik); 3. Malaszk; aus der Ch. D.: 1. Korfanty; 2. Swiatkowski; 3. Buchala; von den Polnischen: 1. Bzyl, 2. Marjan Dombrowski, 3. Maluski, 4. Bosacki, 5. Boznanski, 6. Brzezinski, 7. Targowski, 8. Premier Witos, 9. Sejmarschall Rataj; von der ukrainischen „Ch. Bohoty“: 1. Pfarer Alom, 2. Dutschak, 3. Rawitschitsch, 4. Melnyk, 5. Baluski. Von den Anhängern der Regierung beteiligten sich 23 Abgeordnete nicht an der Abstimmung. Von den Gegnern der gegenwärtigen Regierung beteiligten sich 20 nicht an der Abstimmung: von der N. P. R.: 1. Gilecki, 2. Mieczyslawski, 3. Pawlak, 4. Rabicki (kurdischer); von der Wywolenie: 1. Bartel (franz.), 2. Swiatkowski (franz.), 3. Koloman; von der Stapiński-Gruppe: 1. Krepka, 2.

München, 18. Oktober. (Nat.) Während der letzten Arbeitlosenunruhen in Neustadt wurden 18 Personen schwer verwundet.

Mannheim, 18. Oktober. (Nat.) Im Verlauf der gestrigen Feuerunruhen wurden 6 Personen getötet.

Die sächsischen Rebellen.

Ein Ultimatum an die sächsische Regierung.

Dresden, 18. Oktober. (Nat.) Die „Arbeiterzeitung“ berichtet: General Müller, der Reichswehrkommandant für den sächsischen Bezirk, richtete ein Schreiben an die sächsische Regierung, in dem es u. a. heißt: „Ich bitte darum, daß die sächsische Regierung bis zum 18. Oktober mittags eine univokale Erklärung darüber abgibt, ob sich das ganze Kabinett mit der Rede Böttchers solidarisiert, oder ob es auch, entgegen seinen Ansprüchen, bereit ist, meinen Welsungen Folge zu leisten. In letzterem Falle sehe ich mich genötigt zu verlangen, daß die sächsische Regierung eine entsprechende Erklärung abgibt.“ — Angeht dieses Ultimatum richtete der sächsische Ministerpräsident, einen scharfen Protest an die Berliner Regierung.

Das Programm der neuen thüringischen Sowjetregierung.

Wo bleibt die Logik?

Weimar, 18. Oktober. (Nat.) In der gestrigen Sitzung des Thüringischen Landtages gab die neue Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die thüringische Regierung ist eine Regierung des Schutzes der Republik. Das Ziel dieses Schutzes ist die Bekämpfung der öffentlichen feindlichen Gefahr, welche letztere die Arbeiterklasse bedroht. Der im Reich eingeführte Ausnahmezustand richtet sich gegen die Arbeiterbevölkerung und zugleich gegen die linksorientierten Staaten Mitteldeutschlands. Die Kapitalisten haben die Offensiv gegen die Arbeiterklasse ergriffen und dieselbe schließlich mit dem Geheiß der außerordentlichen Vollmachten abgeschlossen. Die neue thüringische Regierung wird sich den Schutz der ausbeuteten Massen angelegen sein lassen. Die Regierung wünscht es lebhaft, daß Thüringen ein Bestandteil der Deutschen Republik bleiben möge. Die Grundlagen der Verfassung des Staates und des Landes müssen weiterhin aufrecht erhalten werden. Die thüringische Regierung wird sich in ihren Bestrebungen und Absichten auf die Gewerkschaftsorganisationen der arbeitenden Bevölkerung stützen und alle anderen Organisationen bekämpfen.“

Wiemur ti; von den Juden: 1. Rosenblatt (Roh), 2. Schreiber, 3. Schapiro; von den Deutschen: 1. Pantrag, 2. Somschor 3. Wlohasch, 4. Risch; von den Ukrainern: Kolubski und von den Weißrussen Dossianil.

Hätten diese Gegner der Witosregierung ihre Pflicht getan, das Ergebnis der Abstimmung am Mittwoch wäre womöglich anders ausgefallen!

Immunität der Sejmabgeordneten?

Die polnischen Sejmabgeordneten sind bekanntlich immun, d. h. sie dürfen nicht ohne weiteres verhaftet werden und das Gericht darf nicht ohne vorherige Genehmigung durch den Sejm gegen Abgeordnete ein Verfahren einleiten.

Wie so manche schöne Dinge bei uns ist auch diese Befreiung nur zu oft eine tote Formel, an die sich keine Härte lehrt. Über läßt sich die Phrase von der Unantastbarkeit der Abgeordneten mit der Tatsache in Einklang bringen, daß allein in der ersten Sitzung des wiederzusammengesetzten Sejms die Auslieferung von 26 Abgeordneten, der Herren: Naumann (Deutsche Vereinigung), Ballin, Zulawski, Nader, Stalla, Bobhorst, Rogom, Winczyl, Dymitrak, Gucimaj, Matwila, Cherech, Kora ewicz, Brykup, Wojelut, Inbarst, Bratun, Ralicki, Koubiski, Kozicki, Oloni, Kolatowski, Reger, Baranow, Jafowul und Komarow, gerichtlich gefordert wurde? (Wom Senat wurde gleichzeitig die Auslieferung von 3 Senatoren, und zwar der Frau Bemjanowka und der Herren: Kurt Mayer (Deutsche Vereinigung) und Jellz Polt, verlangt.

Läßt man sich vielleicht mit der Absicht, auf solche einfache Weise mit dem Sejm „fertig“ zu werden? ak.

Erscheint mit Ausnahme der nach
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens
Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 3000 Mk. pol.
Die 3-gesp. Reklamez. (Millim.) 10000
Eingelands im lokalen Teile 20000
für Arbeitstunde besondere Vergün-
stigungen. Anzeigen an Sonn- und
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-
rechnet, Auslandsinserate 50%, Zuschlag
Bei Betriebsstörung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung, Schließung
der Zeitung oder Aussperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nach-
lieferung der Zeitung oder Rückzahlung
des Bezugspreises.

Vernünftige englische Worte.

Zumitlen der Ereignisse der gegenwärtigen Zeit steht die britische Reichskonferenz, die Konferenz der Ministerpräsidenten der englischen Dominionen, der Führer von Meer und Flotte, der wichtigsten Männer des britischen Weltreichs. Die dort behandelten Fragen weisen weit über den europäischen Kontinent hinaus. Die große Eröffnungsrede Baldwins war nur in soweit inter-
essant als sie über die Beziehungen zu Frankreich und die Pariser Ministerpräsidentenkonferenz nicht sagte. Dabei ist kaum anzunehmen, daß Herr Poincaré ebenso wie Herrn Baldwin „vollkommenes gegenseitiges Vertrauen“ erfüllt, das zu der Hoffnung berechtigt, Europa aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten zu retten.“ Temperamentvoller packte dann der Vertreter Südafrikas, General Smuts, das europäische Problem an. Der General forderte, daß England sein ganzes politisches Ge-
wicht dafür einsetze, um diejenigen Probleme zur endgültigen Lösung zu bringen, denen die Welt sich jetzt gegenübersteht. Und der General forderte weiter, daß die englische Stimme in der ganzen Welt gehört werden muß.

Diese englische Stimme erhob kürzlich der bekannte Staatsmann Lord Curzon. Seine Feststellungen in Bezug auf die Frage der französisch-belgischen Ruhrbesetzung haben in der ganzen Welt das gebührende Echo gefunden. In Frankreich freilich haben sie ein Mißgeheim entfacht. Das ist der beste Beweis für die Richtigkeit der Ausführungen Lord Curzons.

Der englische Staatsmann sagte u. a.:

Wir mißgönnen unseren Verbündeten nicht ihren Sieg, wenn das ein Sieg ist! Im Gegenteil begrüßen wir ihn, wie wir ja auch lange schon selber zur Aufgabe des passiven Widerstandes angehalten haben. Aber sind wir damit der Lösung irgendwie näher gekommen? Welche neue Form der Zivilverwaltung oder der Organisation wird jetzt das Ruhrgebiet erhalten? Die Stellung dieser Frage, wie ihre Beantwortung sind von Lebensinteresse. Allerdings ist ein „Erfolg“, den wir voraussetzen haben, bereits eingetreten. Wir sehen den Beginn jener inneren Auflösung in Deutschland, die wir schon lange befürchtet haben und von der wir uns hartnäckig eingekerkert haben, daß sie nur ein Symptom sei. Es muß daran erinnert werden, daß diese innere Auflösung nicht nur ein heftiges politisches Symptom ist, sondern auch beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung hat, da sie das endgültige Verschwinden des eigentlichen Schulbrers bedeutet.

Es ist uns wiederholt von der französischen Regierung versichert worden, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, der Augenblick gekommen sei, um die Diskussion zwischen den Verbündeten wieder voll aufzunehmen. Soweit ich es beurteilen kann, ist die deutsche Regierung aufrichtig in ihren Absichten und hat die von ihr verlangten Schritte tatsächlich unternommen. Wie die Haltung der ortsanässigen Bevölkerung, an der Ruhr sein wird, kann ich nicht sagen. Wenn aber die französische Auffassung richtig ist, daß die Bevölkerung nur auf Anordnung von Berlin ihren Widerstand betrieben hat, so dürfen aus der künftigen Haltung der Bevölkerung keine Schwierigkeiten mehr entstehen.

Ich möchte hier lebhaft bemerken, daß, wenn jetzt der passive Widerstand, wie wir es erwartet und erhofft hatten, durch eine Zusammenarbeit ersetzt worden ist, es unviel verlangt wäre, gleich eine enthusiastische Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich zu erwarten. Die französische Regierung weiß daher wohl, daß wir schwanken und ihrer nächsten Vorschläge harres wollen. Die Möglichkeit, daß der passive Widerstand einmal eingestellt werden würde, muß vom Quai d'Orsay schon lange in Rechnung gestellt worden sein und die französischen Folgemaßnahmen müssen daher entweder im Unrath oder gar im Detail bereits festgelegt sein. Wir sind durchaus und gern bereit, aber sie mit Frankreich in freundschaftlichem Geste in diskutieren. Unsere Stellung im belagerten Röhner Be-

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 935,000 poln. Mark.

Eine deutsche Aktion in Paris, Brüssel und London.

Vernünftige englische Worte (Veltarikel).

Für und gegen Witos.

Ein Prozeß gegen Deutsche in Rom.

Die Lodzer Textilarbeiter für den Streik.

Der Arbeits- und der Handelsminister in Lodz.

hat verletzt und das Anrecht, und bei jedem neuen lokalen Arrangement befragen zu lassen und diese Positionen werden wir uns nicht nehmen lassen. Unser Reparationsanspruch, den wir uns freimüßig im Interesse einer Lösung herabmildern bereit erklärt haben, macht es unmöglich, daß irgendeine Lösung ohne unsere Mitarbeit erstellt werden kann. Unser Anteil an dem Wiederaufbau Europas, der uns mehr berührt und in gewisser Beziehung noch mehr, als jeden unmittelbaren Nachbarn Deutschlands, macht uns auf die baldige Lösung begierig. Wir haben bereits unseren guten Willen, zu ihr beizutragen, durch die Bereitschaft zu beispiellosen Zugeständnissen bewiesen.

Die Tatsache, daß unsere höchsten Rechtsgelehrten erklärt hatten, nach ihrem Dafürhalten lasse sich die Ruhrbesetzung durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht rechtfertigen, bestätigte die Richtigkeit der englischen (neutralen) Haltung, die auch noch keiner unserer Verbündeten bisher in Frage gestellt hat. Auf der anderen Seite haben wir von diesem Gutachten nicht eher offiziellen Gebrauch gemacht, bis Poincaré selbst die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Besetzung dadurch aufgemacht hat, daß er die Ungeheimhaltung des deutschen Widerstandes gegen die Diskussion zu beweisen versuchte. Ich rede nicht hier, um Lob und Tadel unter den Parteien zu verteilen. Unser Sympathie-Befehl gehört immer unseren alten und vertrauten Verbündeten. Wir tragen nicht das geringste Verlangen danach, uns auf die Seite Deutschlands zu stellen oder gar Frankreich an der Ausführung seiner Maßnahmen zu hindern. Auf der anderen Seite hatten aber auch wir unsere Pflicht zu tun und die Dinge nicht durch die Brille des Gefühls zu betrachten, sondern vom praktischen Standpunkte aus. Wir verfolgen mit wachsender Besorgnis die Befolgung einer Politik, die uns als völlig unproduktiv, wirkungslos und zum Zusammenbruch und Ruin führend erscheint.

Der passive Widerstand ist am Ende. Die deutsche Regierung hat die von England geforderten Schritte getan, aber von französischen Vorschlägen verläßt sich noch nicht das geringste. Nichts ist berechnender, als daß Lord Curzon das Mißfallen unterstreicht, mit dem England die Fortsetzung einer Politik Frankreichs beobachtet habe, die „unproduktiv und unwirksam sei und nur zu Unglück und Ruin führen müsse.“

In Paris ist man, wie gesagt, empört über diese Feststellungen. In Berlin wird man sich davon tun, sich nach wie vor nur auf sich selbst zu verlassen und auch aus dieser Reihe nicht Folgerungen zu ziehen, die nur zu leicht zu Rückschlüssen führen können. Man soll Paris und London sich selbst überlassen, soll mit aller Energie daran gehen, im Innern Ruhe und Ordnung und damit die Vorbedingungen für eine Lösung der Reparationsfrage zu schaffen, für die Lord Curzon immerhin sehr wertvolle Ratschläge gegeben hat.

Silton Young über den Regierungsaufbruch.

Wie aus Warschau berichtet wird, war Herr Young von dem Regierungsaufbruch unangenehm berührt und äußerte seine Verwunderung darüber, daß die Regierung selbst die Panik vergrößere.

Was die geplanten außerordentlichen Vollmachten für die Regierung betrifft, so rief Young davon ab, dem Beispiel Stresemanns zu folgen, da dies, wie er versicherte, keinesfalls die Sanierung der Finanzen begünstigen würde.

Warschau, 17. Oktober. Der „Bywolenie“-Klub hat an den Justiz- und Innenminister eine Interpellation in Sachen der Konfiszierung der Nr. 201 des „Kurjer Polski“ gerichtet, die nachstehenden Wortlaut hat:

„Das Regierungskommissariat der Stadt Warschau hat die ganze Auflage des „Kurjer Polski“ vom 16. Oktober 1923 des Artikels „Selbstverteidigung oder Selbstanklage“ wegen Konfiszierung.“

In Erwägung dessen, daß die beispiellose Schikanierung der Presse eben auf Grund der Art. 800, 263 und 129 des Strafgesetzbuches erfolgte, wäre es die Pflicht der Regierung gewesen, sich nach obigen Vorschriften zu richten und es nicht zuzulassen, daß der skandalöse Aufbruch zu einem klaren Beweis dessen werde, daß selbst die Regierung die Rechtsgrundsätze nicht beachtet, in deren Namen sie gegenüber der oppositionellen Presse Vergeltungsmaßnahmen anwendet. Und wenn sie sie selbst nicht beachtet, mit welchem Rechte kann konfiszieren sie Artikel, die mit Recht auf ähnliche Inkonsequenzen hinweisen? Diese Konfiszierung stellt sich als eine politische Vergeltungsmaßnahme dar, die den Zweck hat, die Bloßstellung zu verhindern, deren Quelle die Regierung selbst ist.

Die Aufmerksamkeit der Herren Minister auf obige Tatsache lenkend, fragen wir an, auf Grund wessen und weshalb der in Form und Inhalt einwandfreie Artikel konfiszieren wurde, und was die Herren Minister zu tun gedenken, um die Regierung in Zukunft vor ähnlichen Bloßstellungen, die sich aus dem übertriebenen Eifer ihrer Organe ergeben, zu schützen.

Gleichzeitig fragen wir den Artikel „Selbstverteidigung oder Selbstanklage“ als Ergänzung zu vorliegender Interpellation bei.

Warschau, d. 16. Oktober 1923.

Das amtliche Organ des Kriegsministeriums, die „Koska Zbrojna“, stellt sich auf den Standpunkt, daß die Explosion in der Kattelle durch einen Zufall erfolgt sei.

Warschau, 18. Oktober. (Nat.) Der Kriegsminister gibt im Zusammenhang mit den in der Presse aufgetretenen Meldungen, wodurch das Pulver sich selbst entzündet habe und explodiert sei, bekannt, daß davon keine Rede sein könne, da zwischen dem 13. und 27. August eine besondere Chemikerkommission die Pulvervorräte untersucht und festgestellt habe, daß es sich in gutem Zustande befände. Somit sei die Möglichkeit einer Selbstentzündung vollständig ausgeschlossen.

Das „Journal de Pologne“ als Sprachrohr der Witos-Regierung.

Das in Warschau erscheinende „Journal de Pologne“ brachte in seiner Dienstagsnummer eine Notiz folgenden Inhalts:

„Im Hinblick auf die von einigen polnischen Blättern gebrachte Meldung, daß die Regierung die Absicht habe, besondere Vollmachten zu verlangen und den Sejm für die Dauer eines Monats zu schließen, sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Informationen jeder Grundlage entbehren.“

Dieses Dementi erschien nur in dem einflussreichen Warschauer französischen Blatt, worin wegen der Regierungskritik nichts davon brachen. Die Regierung will damit offenbar das Ausland beruhigen.

Parlamentsnachrichten.

Ein Zwischenfall im Sejm.

In der Sejm-Sitzung am Freitag, über die wir wegen des Streits der Zeitungsbesitzer nicht berichten konnten, ließen die Parteien hart mit dem nationaldemokratischen Unterrichtsminister Gombinski zusammen, dem sie vorwarfen, daß er die politisch unklugsten Beamten entlasse und sie durch Nationaldemokraten ersetze. Zu der Erregung rief der Abgeordnete Wojewodzki dem Minister zu: „Unverschämte Presse!“ (bezczelny pysk!) Später zog er allerdings diesen lieblichen Ausdruck zurück wie er sagte „aus Achtung vor der Würde des Hauses“ (also nicht aus Achtung vor dem Minister). Der Sejm-Marschall, Herr Ratoj, gab sich mit dieser Erklärung zufrieden, nicht so aber die Rechtsgruppen, die am Sonntagabend eine Aussprache mit dem Sejm-Marschall hatten, an der selbstverständlich die Parteien nicht teilnahmen — denn auch der Sejm-Marschall ist Mitglied der Parteien.

Ein Prozeß gegen Deutsche in Konig.

Am 7. Oktober fand vor dem Bezirksgericht in Konig (Pommern) ein Aufruf gegen den Prozeß statt, auf dessen Hauptverhandlung die Angeklagten nahezu ein Jahr warten mußten. Er sollte die Schuld oder Unschuld von 13 Deutschen beweisen, deren der Vorwurf der Spionage zugunsten Deutschlands gemacht wurde. Als besonders belastend wurde ein bei dem Hauptangeklagten Scherf abgeschlagener Brief des nach Deutschland gelaufenen Rebellens Winkler-Konig angesehen, in dem dieser verschiedene Anklagen über seine heimlichen Verbindungen erlassen hatte. Scherf will diesen Brief niemals beantwortet haben. Auf welche Grundlagen sich das Koniger Urteil stützt und welcher Art die Beweisführung war, kann nicht beleuchtet werden, da der Prozeß bei verschiedenen Toren unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Der Prozeß wurde der Zutritt verweigert, und auch der Sejm-Abgeordnete Karau-Wicomek, der als Vertreter der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat nach Konig gekommen war, durfte der Verhandlung nicht beiwohnen.

Den Vorsitz führte Fr. Lubowski in Assistenz des Richters Grzecki und von vier Laienrichtern. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Burek. Die Verteidigung der Koniger Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwalt Behnke-Konig, der — wie das „Koniger Tageblatt“ mitteilt — gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit protestierte.

Das Urteil lautete für den früheren Magistratssekretär Scherf auf 4 Jahre 7 Monate Zuchthaus, für den Maschinenbauingenieur Schulz auf 2 Jahre Gefängnis, für den bejahrten Stadtrat A. D. Rhode und den Photographen Graese auf je 1½ Jahre Gefängnis. Frau Bajer und Schöned wurde zu 6 Monaten Gefängnis, Bedner Katter auf 3 Monate und Warrer Wodega aus Danzberg zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Scherf, Schulz, Rhode und Graese befinden sich in Haft.

Scherf schreibt die „Deutsche Rundschau“: Es wäre dringender zu wünschen, daß wenigstens unserer Sejm-Fraktion die Projektionen zur Verfügung gestellt werden, damit die Öffentlichkeit in ihrer Beurteilung des Falls nicht allein auf die Kommentare der „katholischen“ polnischen Presse angewiesen ist. Wie sich die Revisionssachen zu den Urteilen des Koniger Bezirksgerichts stellen wird, bleibt abzuwarten. Wir haben es wiederholt erlebt, daß in der letzten Instanz gerade solche Fälle, die ein politisches Gepräge trugen, anders beurteilt wurden, wie durch das zunächst entscheidende Gericht. Solange das Koniger Urteil noch nicht rechtskräftig erlangt hat, ist niemandem gestattet, von einem Landesverrat der deutschen Minderheit in Polen zu sprechen.

Lokales.

Sob., den 19. Oktober 1923.

Die Minister Smulski und Syblowski in Sobz.

Gente vormittag um 9 Uhr versammelten sich die Vertreter der Wirtschaftsverbände mit dem Herrn Wojewoden Rembowski und die Vertreter der Militärbehörden mit General Majewskian der Spitze, um die in Sobz eingetragenen Industrie- und Handelsminister Syblowski sowie den Arbeitsminister Smulski zu empfangen. Vom Bahnhof legten sich die Minister zur Vorbereitung in das Wojewodschafskamt, worauf sie sich nach der Kathedrale begaben, wo ein Laverotdienst für die Opfer der Warschauer Katastrophe stattfand.

pap. Auf der Vorlesung im Wojewodschafskamt berührten die Vertreter des Magistrats die Frage der Lebensmittelversorgung der Stadt Sobz, wobei sie feststellten, daß Sobz das zum Anlauf von ersten Bedarfsartikeln erforderliche Kapital nicht besitzt. Gleichzeitig ersuchten die Magistratsvertreter die Minister, die Bitte des Sobz. Magistrats um eine 100 Millionen den Anleihe im Finanzministerium zu unterstützen. Die Minister erklärten, daß genehmigt mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, daß sie aber das Gesuch des Sobz. Magistrats nach Kräften unterstützen werden.

bip. Nachdem die Minister die Fabrik von Schöbler und Grahmann sowie die Wbwer Baumwollmanufaktur besichtigt hatten, wobei sie sich überaus günstig über die Arbeit in den Fabriken äußerten, fand im Arbeitsministerium eine Konferenz mit den Arbeitsvertretern statt, die im Beisein der beiden Minister eröffnet wurde.

Die Arbeitsvertreter stellten dem Arbeitsminister die Krise in der Industrie vor und forderten die Intervention der Regierung in der Angelegenheit der vollen Inbetriebnahme der Sobz. Fabriken. Sie mochten den Vorschlag, in Zukunft nicht nur solchen Industrien zu gewähren, die den Betrieb in den Fabriken wieder aufnehmen. Darauf erklärte der Minister, daß er zunächst auch die Vertreter der Industrien anhören müsse und dann erst der Regierung konkrete Vorschläge machen werde.

Der Vertreter des Verbandes „Proca“, Herr Kaziemierczak, verlangte des weiteren, die Regierung möchte die Einführung des Unfallversicherungsgesetzes beschleunigen. An die Zuzückführung der Krankenkassenwahlen anschließend stellte Redner fest, daß diese Verordnungen ungeschicklich gewesen und aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei. Zum Schluß bezweifelte er, ob die Ankunft der Minister zu einer Besserung der Lage beitragen werde. Nachdem noch der Delegierte des Arbeiterverbandes Kaluzynski u. a. eine endgültige Regelung der Urlaubsfrage, der Frage der Ordnungsvorschriften in den Fabriken sowie eine größere Exekutionkraft für die Arbeitsinspektoren verlangt hatte, da sie bisher nur zu oft mißachtet worden seien, ergriff Arbeitsminister Smulski das Wort, der sich damit entschuldigte, daß er nach Übernahme des Ministeriums sich nicht sofort habe mit der Lage und den Mängeln in der Arbeitsgesetzgebung vertraut machen können. Was die Aufschübung der Krankenkassenwahlen anbetrafte, so sei sie aus dem Grunde erfolgt, daß der Kommissar Giebartowski nicht das Geiste in Bezug auf die Festlegung der Termine beachtet hatte, beglückwünschte sei das Mindestalter des Wählers auf 21 Jahre festgesetzt worden, statt auf 20. Damit die Zuzückstellungen nicht weiter wie bisher gegen den Grundsat von der zweiwöchigen Kündigungsfrist verstoßen sollten, werde der Arbeitsinspektor auch Exekutiongewalt bekommen. Was die Krise selbst anbelangt, so sei sie sehr ernst, und er werde sich bemühen, auf die Industriellen dahin einzuwirken, daß sie den Betrieb in den Fabriken wieder aufnehmen, ebenso werde er seine Möglichkeiten bei der Erteilung der Kredite ausnützen. Die Forderung nach einer Erhöhung der Mindestlöhne um 99 Prozent werde gleichfalls Gegenstand der Beratungen mit den Industriellen bilden. Ebenso solle nach einer Verständigung mit den Ministern untereinander dem Sejm ein Entwurf über das Unfallversicherungsgesetz zugehen. Der Minister versprach, nach der Konferenz mit den Industriellen noch eine mit den Arbeitsvertretern einzuberufen, worauf die Konferenz geschlossen wurde.

pap. Am Abend fand dann im Wojewodschafskamt eine Konferenz mit den Industriellen statt, die vom Handels- und Industrie-Minister eröffnet wurde, der erklärte, daß der Hauptzweck des Ministerbesuchs der sei, sich an Ort und Stelle genau über die Arbeitsbedingungen und die Ursachen der Krise in der Industrie zu unterrichten. Die Vertreter der Industriellen erklärten, daß die Forderungen der Industriellen sich vor allem auf eine Vergrößerung der Kredite und deren zweckmäßige Verteilung erstreckten. Desgleichen berührten sie die Frage der Diskontokredite in der polnischen Landesbank, die Lebensfrage und die Frage der Umsatzsteuer. Auch die Angelegenheit einer Abänderung gewisser Punkte der Handelsverträge gelangte zur Sprache, so erlenne z. B. der Handelsvertrag mit Tschechoslowakei der tschechischen Industrie gewisse Vergünstigungen im Transitverkehr zu, die die polnische Industrie durchaus nicht genießt. Minister Syblowski antwortete hierauf in einer längeren Rede, in der er den Industriellen die Erfüllung des größten Teiles ihrer Forderungen nach Maßgabe der Möglichkeit zusicherte und versprach, im Ministerrat in kürze konkrete Anträge einzubringen, worauf die Konferenz geschlossen wurde.

Womit sich der Stadtrat beschäftigt!

Strassenumbenennungen.

bip. In der letzten Sitzung des Stadtratsausschusses für allgemeine Angelegenheiten stellten die Stadträte drei Anträge: 1. Die früheren Strassenamen in der Gegend der ehemaligen Jarmachow-Straße anlässlich der 150. Jahrestage der Emigrationskommission in Konaritz-Straße umzubringen. Die Stadträte ordneten Dr. Gwajp, Krawski und Bialer an, dass es den Antragstellern nicht so sehr um die Ehrung der Emigrationskommission gehe als darum, die vom früheren Stadtrat eingeführten Strassenamen abzuschaffen, da sie ja sonst die Jarmachow-Straße auf Konaritz-Straße umbenennen könnten. Darauf erwiderte Stadtratpräsident Gwajp, dass die Mehrheit sich durch die Umbenennung der Strassen nicht getroffen fühlen dürfe, da der vorherige Magistrat auch nicht richtig gehandelt habe, als er die Jarmachow-Straße in Präsident Ratatowicz-Straße umbenannte, die bei einer anderen Mehrheit ebenso Niewadomski-Straße hätte benannt werden können. (1 Pfu! Herr Gwajp!) Dasselbe betrifft Bilubski, dessen Verdienst nicht von allen anerkannt worden und den der vorherige Magistrat dadurch ehrt, dass er die Volkshaus-Straße in der Jagajlowa-Straße und das Gymnasium in der Sienkiewicz-Straße mit seinem Namen benannte.

Zum Schluss wurde beschlossen, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung aufzuschieben.

Anmerkung der Schriftleitung: So sind wir den wieder in die Phase der Strassenumbenennungen eingetreten! Das unser Stadtrat nicht die Pöbellichkeit fürchtet, sondern seine kostbare Zeit und die städtischen Mittel durch die niemand nützliche Umbenennungen von Straßen vergeudet! Wird die Stadtratsversammlung es niemals einsehen, dass es eine Versündigung gegen die Geschichte unserer Stadt darstellt, wenn die Strassenamen dauernd geändert werden? Wenn der frühere Stadtrat durch die Schaffung einer Jarmachow-Straße eine Geschmachtheit begangen hat (und er hat sie begangen, denn was hat Lody mit dem Schöpfer des Esperanto gemein?) so kann auch eine neue Geschmachtheit nicht „wiedergutmachtet“ werden, denn auch der Name Konaritz ist mit der Stadtgeschichte Lody durch nichts verbunden).

bip. Anmeldung der Kleider- und Lebensmittelvorräte. In nächster Zeit wird eine Verordnung erlassen werden, der zufolge Kaufleute und Landwirte ihre Lebensmittel- und Kleidervorräte den Verwaltungsbehörden anmelden müssen. Diese Verordnung verfolgt den Zweck, eine Kontrolle über die Vorräte bei den Kaufleuten auszuüben.

bip. Der Kampf mit der Fenerung. Vom Referat zur Bekämpfung des Wuchers wurden folgende Wucherer bestraft: Moritz Kleinmann, Gruner Ring 10, Edmund Polrand, Suberatorska 28, und Georg Suwalki, Adamowka 35, mit einem Monat Haft und einer Million M. Geldstrafe, Friedrich Beler, Babianicka 67, Jgnaz Sawicki, Babianicka 35, Albert Hensemann, Karłowicka 14, Roman Kreczowski, Janina 4, Arthur Banghof, Adamowka 38, und Hugo Merkert, mit zwei Wochen Haft und einer Million M. Geldstrafe sowie Antonina Kraszowska, Konina 36, mit einer Woche Haft und einer Million M. Geldstrafe.

bip. Wegen Nichtbeachtung der Wuchervorschriften wurden bestraft: Chaim Sinolecki, Dolna 33, mit einer Woche Haft und 500 000 M. Geldstrafe, Ch. Rajmann, Pulnacza 6, und Sala Batterschnitt, Wolborcka 4, mit je 8 Wochen Haft und einer Million M. Geldstrafe, sowie Wladyslaw Jablonski, Wilska 35, Michael Lejczynski,

Betrifauer 26, und Julia Runkler, Pulnacza 21, mit je einer Million M. Geldstrafe.

bip. Wegen Fehlens von Preissetzern in den Schaufenstern wurden bestraft: Wilhelm Schiffmann, Dzielna 4, Abram Lewin, Betrisauer 46, und Jaf Szewicki, Dzielna 1, mit 1 Monat Haft und 1 Million M. Geldstrafe, Jafel Szewicki, Betrisauer 44, mit 2 Monaten Haft und 1 Million M. Geldstrafe.

bip. Die Schweinefleisch- und Wurstpreise wurden um 20 Proz. erhöht.

bip. Lody erhält das Volkshaus nicht. Der Stadtratsausschuss für allgemeine Fragen beschloß, den vom früheren Magistrat mit dem Warschauer Baumeister Stiefelmann in der Angelegenheit des Baues eines Volkshauses in Lody abgeschlossenen Vertrag aus Sparmaßregeln zu kündigen.

bip. Keine Kohlen vorhanden! Wegen des Streiks im Dombrowaer Kohlenbrennen und in Schlesien wurden alle Kohlenlieferungen nach Lody eingestellt. Aus diesem Grunde hat die Handelsabteilung des Magistrats gestern den Kohlenverkauf an Privatpersonen eingestellt.

Städtische Ackerbeete. Der Magistrat verpachtet Ackerbeete auf dem Konstantynower Waldlande. Der Pachtzins beträgt 1—1½ Korzer Roggen für den Morgen.

Für die Opfer des Warschauer Unglücks. Der Verband der Textilindustrie in Polen spendete für die Opfer der Warschauer Explosionskatastrophe 300 Millionen M.

bip. Polnische Kurse für Offiziere. Da ein bedeutender Teil des polnischen Offizierskorps sich aus Offizieren der ehemaligen Armee der Tschechoslowakei zusammensetzt, die polnische Schulen nicht besucht haben, wurden seinerzeit polnische Lehrkurse eröffnet. Der endgültige Termin für die Ablegung von diesbezüglichen Prüfungen läuft am 31. Dez. ab. Um es den polnischen Sprachunkundigen Offizieren zu ermöglichen, die Prüfung im vorgeschriebenen Termin ablegen zu können, werden in den einzelnen Garnisonen polnische Sonderkurse ins Leben gerufen. Diese Kurse beginnen nach Rückkehr der Reservisten aus den Uebungslagern und enden am 10. Dezember.

bip. Der Postfranken 140 000 M. Von Montag ab wurde der französische Postfranken, nach dem die Gebühren für Auslandskorrespondenz erhoben werden, auf 140 000 M. festgesetzt.

Eine neue polnische Briefmarke. Die polnische Postverwaltung scheint den Weg, den Deutschland eingeschlagen hat, gleichfalls gehen zu wollen. Dieser Tage erschien eine Auslands-Briefmarke von 10 000 M. Sie ist aus einem 25 M.-Wertzeichen entstanden, das durch Aufdruck einer großen 10 und der Worte: Tysiąc (in Ziffern) in eine Briefmarke von vierhundert mal höherem Wert verwandelt wurde.

Nekrolog. Gestern überraschte uns die Nachricht vom Ableben des Herrn Robert Jeszke. Seit 34 Jahren war der nunmehr Verstorbene als Beamter bei der Aktienbrauerei R. Asiadis Erben tätig, wo er sich vermögliche Dienstleisters und seines lauten Wesens hoher Wertschätzung erfreute. Als Kirchenvorsteher der St. Trinitatengemeinde wirkte er mit großem Eifer; er ließ sich hier besonders die Pflege und Aufsicht der evangelischen Friedhöfe angelegen sein. Durch seine Mitarbeit im hiesigen deutschen Vereinswesen erwarb sich der Verstorbene gleichfalls zahlreiche Freunde. Der Tod trat als Folge eines hartnäckigen Krebsleidens gestern in den ersten Nachmittagsstunden ein. Robert Jeszke erreichte ein Alter von 60 Jahren. Die Nachricht von seinem Hinscheiden wird weite Kreise der hiesigen deutschen Gesellschaft mit Trauer erfüllen, gehörte er doch zu jenen unter uns, denen wirkliche Verdienste um die Allgemeinheit nachgerühmt werden müssen. — Er ruhe in Frieden!

Vor dem Generalfstreik in Polen.

Die Textilarbeiter für den Streik.

bip. Im Saale der Bezirkskommission der Fachverbände fand eine Versammlung der Fabrikbedienten statt, auf der über das Ergebnis der Berechnung der statistischen Deutungskommission und über die in der Lohnbewegung zu ergreifenden Maßnahmen beraten wurde. Die Arbeitervertreter erklärten sich mit dem in der letzten Sitzung der statistischen Kommission zur Feststellung des Deutungsmaßes ermittelten Multiplikator auf keinen Fall einverstanden — würde doch der Tagelohn eines Arbeiters mit dieser neuen 92prozentigen Erhöhung nicht mehr als 361 415 M. betragen! — und betonten die Notwendigkeit eines Streiks für den Fall, daß die Industriellen die von den Arbeitern verlangte 99proz. Ausgleichszulage ablehnen würden. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich die Bezirkskommission der Fachverbände, und noch im Laufe dieser Woche werde die endgültige Entscheidung getroffen werden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß noch in dieser Woche der Generalfstreik in ganz Polen proklamiert wird. Der Klassenverband und der Verband „Praca“ sind sich vollständig darin einig und fest entschlossen, diesmal nicht nachzugeben. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die versammelten Fabrikbedienten nehmen den Bericht der Hauptverwaltung über die in der Angelegenheit der Abänderung des Juli-Abkommens unternommenen Schritte zur Kenntnis und beschließen, die Hauptverwaltung nötigenfalls durch den Streik zu unterstützen. Die Versammlung fordert, daß die in dieser Angelegenheit angekündigte Konferenz mit den Industriellen, noch in dieser Woche stattfindet.“

bip. Der Eisenbahnerverband sandte den Sejmabgeordneten und Senatoren eine Entschließung zu, in der darauf hingewiesen wird, daß falls die Forderungen der Staatsbeamten, der Ruhegehalt der Eisenbahner der Lohrer Fabrikbahn nicht zur Zufriedenheit der Eisenbahner entschieden werden, der Eisenbahnerverband sich mit den Forderungen des Zentralausschusses der Staatsbeamten solidarisch erklärt und dieselben nötigenfalls mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

bip. Von der Post. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, der zufolge Wertbriefe und Wertsendungen, deren Wert 50 Millionen M. übersteigt, sowie Sammel- oder Geldbriefe, deren Wert mehr als 100 Millionen M. beträgt, dem Empfänger angezeigt werden müssen.

Wußt man eine Zeitung lesen? Weil infolge der allgemeinen Preissteigerung auch die Bezugspreise der Zeitungen gestiegen sind — wenn auch lange nicht in dem Maße wie die Preise für alle anderen Verbrauchsgüterstände —, kann man jetzt nicht selten hier und da den Ausruf hören: „Die Zeitung wird abbestellt! Ich lese keine mehr!“ Die wenigsten bedenken dabei, daß man sich sehr bedenklichen wirtschaftlichen Schäden aussetzen kann, wenn man keine Zeitung liest. Zum Beweise dafür sei auf folgendes Vorkommen hingewiesen: Von einem Finanzamt mußte kürzlich gegen eine Reihe von Arbeitgebern, vor allem Landwirten mit Geldstrafen vorgegangen werden, weil sie den Steuerabzug vom Lohn ihrer Arbeitnehmer nicht richtig vorgenommen hatten. Die Betroffenen gaben zu ihrer Entschuldigung an, daß sie keine Zeitung lesen, so daß sie die diesbezügliche Bekanntmachung nicht gekannt hätten. Die Ausrede wurde für nicht stichhaltig erklärt. So mancher mußte ein Vielfaches des Zeitungspreises als Strafe bezahlen, weil das Lesen einer Zeitung nach gesetzlicher Vorschrift nicht nur zu der „Pflicht“, sondern zu der „erordneten“ Sorgfalt im Ge-

Dornen und Disteln.

Witos und seine Mitangeklagten mußten sich während der letzten Sejmssitzungen viele bittere Worte anhören.

Sehr zu unrecht. Sie ist doch ganz und gar unschuldig, die Regierung. Denn — hat sie denn etwas getan?

In Verbindung mit den immer bestimmter auftretenden Gerüchten über einen bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers Ruchalski wird in gewissen Sejmkreisen ernsthaft die Kandidatur des bekannten Posener Wuchers Adamański für diesen Posten erwogen.

Es handelt sich leider um keinen Scherz! Der Erfolg des österreichischen Kanzlers Dr. Seipel, der bekanntlich Prälat ist, in seiner Aktion zur Gesundung der österreichischen Krone hat auf Polen augenscheinlich suggestiv gewirkt. Man glaubt demnach, daß die Gesundung der Finanzen irgendwie mit dem Reichswedel in Verbindung steht.

Wir sind halt schon einmal exzentrisch veranlagt. Wenn wir uns Ministerpräsidenten leisten konnten, die Klavierspieler und Apotheker waren, warum sollen wir uns da nicht einen Finanzminister zulegen, dessen Beruf es ist, die Wiese zu lesen?

Das Warschauer Deutsches und Judentumblatt „Rzeczpospolita“ scheint nichts wichtigeres zu tun zu haben, als die Deutschen und Juden in Polen in allgemeinen und von Lody im besonderen zu überwachen und jede Herzensregung derselben einer Analyse zu unterziehen. Ihre Mitarbeiter sind besonders scharfsinnige Leute, die sozusagen das Gras wachsen hören.

Wir haben wiederholt Gelegenheit genommen, den „Rzeczpospolita“ des Lodyer Korrespondenten des Warschauer Blattes ins entsprechende Licht zu rücken, der die Deutschen von Lody besser zu kennen scheint, als diese sich selber.

Die Ereignisse in Deutschland lassen den Lodyer „Rzeczpospolita“-Sherlock Holmes nicht ruhen. Tag und Nacht liegt er auf der Lauer und studiert die Gefühle der Lodyer Deutschen und Juden, die das Unglück Deutschlands bei ihnen ausgelöst hat. Das Ergebnis seiner Studien meldet er pfeilschnell seinem Blatt. Und dieses agiert natürlich seinen Augenblick, die weitverbreiteten Entdeckungen seines argusaugigen Berichterstatters in die erschütternde laufende Welt hinauszupropagieren.

So konnte man dieser Tage aus den Spalten des Stronski-Blattes folgende Mitteilung vernehmen:

„Angeichts der letzten Ereignisse in Deutschland geben die Lodyer Deutschen und Juden ihren freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland unverhohlen Ausdruck. Die französischen Feinde Stimung in diesen Kreisen hat den höchsten Grad (wie schrecklich!) erreicht. Die Deutschen verhalten sich nicht, daß sie die polnische frankophile Politik um jeden Preis bekämpfen wollen, um Frankreich von Polen zu trennen und den Einfluß Deutschlands im Osten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu stärken. Von diesem Geiste befeelt, veröffentlichten die Lodyer deutschen Blätter eine Reihe von Artikeln, die entweder eigenen Ursprungs waren oder aus Berliner Zeitschriften übernommen wurden.“

Also, da haben wir's! Polen von Frankreich trennen wollen wir! Wir müssen gar nicht, was für Mordserien wir doch eigentlich sind. Ja, ja die deutsche Gefahr! Sie ist also kein bloßes Schreckgespenst, sondern blutige Wirklichkeit.

Wie wär's, wenn wir nunmehr, da unsere Macht von fachverständiger Seite so richtig erkannt wurde, daran auch den entsprechenden Gebrauch machen und in den nächsten Tagen den Anschluß Lody an Deutschland verhandeln würden?

Der „Rzeczpospolita“ gibt dem Dornen und Disteln-Schreiber ziemlich oft Material für kleine Satiren oder Glossen. Auch letztere wieder fand sich in seinen Spalten eine Wüte der ungewöhnlich hohen Intelligenz seiner Leser.

Aus Anlaß des Jahrestages der Einrichtung des polnischen Schulreformers Ferrer, eines großen Gegners der Jesuiten, veranstaltete die Lodyer Freidenkergemeinde eine Ferrer-Gedenkfeier. Natürlich paßte das dem Organ der polnischen „schwarzen Hunderei“ nicht und es ließ einen Artikel vom Stapel, in dem unter der Überschrift „Die Folgen des freien Denkens“ die Veranlasser gezmählt wurden. Als Folge des unfreien Denkens des Verfassers (Ferrer denkt er überhaupt nicht!) augenscheinlich stand in diesem Artikel zu lesen: „Mangels einer besseren Beschäftigung beschloßen die Freidenker nach bolschewistischem Vorbild, das Andenken des vorzeitig im Mittelalter (!) in Spanien verstorbenen Ferrer a) (1), der infolge zu großen Nachdenkens über Sachen, die des Nachdenkens nicht bedürfen, auf dem Scheiterhaufen verbrannt (!) wurde, zu ehren.“

Also Ferrer wurde im Mittelalter auf dem Scheiterhaufen verbrannt! Dabei ist sogar dem Durchschnitts-Zeitungsleser bekannt, daß der eine religionsfreie Schule aufstrebende Ferrer kurz vor dem Kriege erschossen wurde.

A. K.

Welche Widersprüche in diesem Mädchen? Ob sie wirklich so verzweifelt war, wie sie sich gab?

(Schloßburg folgt)

rus
geb
Gra
Ma
Die
M
von
bene
alle
Ue
an
r i
Nac
frac
zun
Son
Gle
Han
Wfer
nat
le ne
alle

meiden. Zu stragen in
der Gesellschaft der